

FORDERUNGEN
DES CBP

Leichte
Sprache



AN DIE POLITIK
2025–2029

Caritas Behindertenhilfe
und Psychiatrie e.V.



Die Forderungen des CBP zur Bundestags-Wahl 2025:

Leichte
Sprache



Dieser Text wurde in **Leichter Sprache** geschrieben.

Mehr Informationen zu den Forderungen
gibt es auf der Internetseite vom CBP unter
www.cbp.caritas.de

Hinweise zum Lesen von den Forderungen

Im Februar 2025 ist die nächste Bundestags-Wahl.

Die Bundestags-Wahl ist eine sehr wichtige Wahl.

Hier wird entschieden,

wer über die Politik für Deutschland entscheidet.

Auch für Menschen mit Behinderung ist eine gute Politik sehr wichtig.

Der CBP hat deshalb 6 Forderungen an die Politik aufgeschrieben.

Das lange Wort für CBP ist:

Bundes-Verband **C**aritas **B**ehinderten-Hilfe und **P**sychiatrie e.V.

Bundes-Verband bedeutet:

Viele verschiedene Einrichtungen und Dienste in Deutschland haben sich zusammen getan.

Einrichtungen sind zum Beispiel Werkstätten oder Wohn-Heime.

Der CBP stellt Forderungen an die Politik.

Forderungen sind Wünsche, die erfüllt werden sollen.

Dieser Text informiert über die Forderungen vom CBP.

Der Bundestag wird für die Zeit

bis zum Jahr 2029 gewählt.

So lange gelten auch diese Forderungen.



In dem Text stehen viele wichtige Informationen über die Forderungen.

Deshalb ist der Text sehr lang.

Hier gibt es eine Liste.

In dieser Liste stehen alle Forderungen vom CBP.

Sie können eine Forderung am Computer anklicken.

Oder die Seiten-Zahl vom Thema aufblättern.

Dann müssen Sie nicht den ganzen Text lesen.

Und kommen direkt zur Forderung, die Sie lesen wollen.

Das sind die Forderungen:

1. Arbeits-Kräfte und Fach-Kräfte sind Voraussetzung für selbstbestimmte Teilhabe und Versorgungs-Sicherheit!.....Seite 7
2. Wohn-Räume für ein selbstbestimmtes Leben sind erforderlich!.....Seite 12
3. Für Menschen mit Behinderung muss es mehr Teilhabe am Arbeits-Leben geben!
Dafür brauchen wir bessere Ausbildungen und Bildung.
Es muss weiter Werkstätten geben.Seite 15
4. Es muss weniger Bürokratie für Einrichtungen und Dienste geben!
Und es muss mehr Zeit und Geld für Teilhabe geben!.....Seite 23
5. Es muss eine barrierefreie Gesundheits-Versorgung für Menschen mit Behinderung geben!
Dabei müssen alle Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung abgedeckt werden.Seite 26
6. Einrichtungen und Ämter müssen mehr Aufgaben digital machen können!
So kann die Arbeit schneller gemacht werden.
Zum Beispiel soll man Anträge am Computer zu Hause ausfüllen können.
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen weniger Zeit für die Verwaltung brauchen.
Diese Zeit können sie dann für Menschen mit Behinderung einsetzen.Seite 35

Weitere Hinweise zum Lesen vom Heft

Die schweren Wörter von der Liste werden im Text erklärt.

Informationen über diesen Text

Der CBP hat diesen Text geschrieben.

CBP ist eine Abkürzung.

Das lange Wort dafür ist:

Bundes-Verband **C**aritas **B**ehinderten-Hilfe und **P**sychiatrie e.V.

Bundes-Verband bedeutet:

Viele verschiedene Einrichtungen und Dienste in Deutschland haben sich zusammen getan.

Einrichtungen sind zum Beispiel Werkstätten oder Wohn-Heime.

Insgesamt sind es mehr als 1-Tausend Einrichtungen.

Die Einrichtungen und Dienste helfen

Menschen mit Behinderung.

Einrichtungen und Dienste helfen auch

psychisch kranken Menschen.



Eine psychische Krankheit ist zum Beispiel eine Psychose.

Psychose spricht man Psü-cho-se.

Menschen mit Psychose sehen manchmal Dinge.

Andere Menschen sehen diese Dinge aber nicht so.

Eine psychische Krankheit kann man oft nicht sehen.

Der CBP hilft insgesamt ungefähr 200-Tausend Menschen.

Und im CBP arbeiten ungefähr

94-Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dieses Jahr sind in Deutschland Bundestags-Wahlen.

Im Bundestag treffen sich viele Politikerinnen und Politiker.

Sie machen Gesetze.

Gesetze sind Regeln, die für alle Menschen gelten.



Der CBP hat 6 Forderungen an die Politikerinnen und Politiker aufgeschrieben.

Jetzt erklären wir die Forderungen genauer.

1. Arbeits-Kräfte und Fach-Kräfte sind Voraussetzung für selbstbestimmte Teilhabe und Versorgungs-Sicherheit!

Zum CBP gehören viele Einrichtungen.

Zum Beispiel Werkstätten und Wohn-Heime.

Diese Einrichtungen bieten viele Hilfen in der Eingliederungs-Hilfe.



Die Eingliederungs-Hilfe ist eine sehr wichtige Hilfe für Menschen mit Behinderung.

Zur Eingliederungs-Hilfe zählen viele verschiedene Hilfen.

Zum Beispiel die Persönliche Assistenz.

Persönliche Assistenz heißt:

Eine andere Person hilft dem Menschen mit Behinderung.

So kann der Mensch leben, wie er möchte.



Mit der Eingliederungs-Hilfe sollen Menschen an der Gesellschaft teilhaben können.

Damit ist gemeint:

Sie sollen so leben können, wie sie das möchten.

Und sie sollen arbeiten können.

Oder ins Theater gehen können.

Hilfen aus der Eingliederungs-Hilfe bekommen viele Menschen.

In Deutschland bekommen diese Hilfe ungefähr 1 Million Menschen.

Einrichtungen von der Eingliederungs-Hilfe
haben im Moment diese Probleme:

Problem 1:

Es gibt zu wenig Arbeits-Kräfte.

Und Fach-Kräfte,

die gute Arbeit für Menschen mit Behinderung machen können.



Fach-Kräfte sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Sie wissen sehr viel über Menschen mit Behinderung.

Und können diesen Menschen deshalb sehr gut helfen.

Deshalb hat der CBP zum Problem 1 mehrere Forderungen:

Mehr Arbeits-Kräfte und Fach-Kräfte für Einrichtungen

Alle Menschen müssen erfahren,

wie wichtig die Arbeit in der Eingliederungs-Hilfe ist.

Zum Beispiel soll auch im Fernsehen

mehr darüber berichtet werden.

Und im Radio.

Die Fach-Kräfte in den Einrichtungen

müssen auch mehr Anerkennung bekommen.

Vor allem ist dem CBP dabei das wichtig:

HEPs müssen auch als Fach-Kräfte anerkannt werden.

HEP ist die Abkürzung für

Heil-Erziehungs-Pflegerinnen und Heil-Erziehungs-Pfleger.

Das ist ein Beruf.

Für diesen Beruf muss man eine Ausbildung machen.

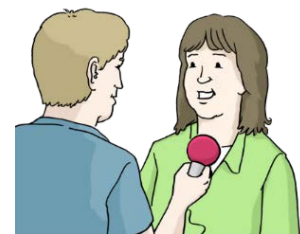
Bei der Ausbildung lernt man sehr viel über Menschen mit Behinderung.

Außerdem muss genau geschaut werden:

Wie viele Fach-Kräfte

brauchen die Einrichtungen in der Eingliederungs-Hilfe?

Und zwar in ganz Deutschland.



Bei dieser Aufgabe soll das Statistische Bundes-Amt helfen.
Das Statistische Bundes-Amt soll statistische Informationen aus der Eingliederungs-Hilfe sammeln.

Zum Beispiel Zahlen zu verschiedenen Themen:

Wie viele Heil-Erziehungs-Pflegerinnen und Heil-Erziehungs-Pfleger arbeiten in der Eingliederungs-Hilfe?

Wie viele Pflege-Kräfte arbeiten in der Eingliederungs-Hilfe?

Und wie viele Fach-Kräfte werden bis 2035 gebraucht?

Arbeits-Kräfte und Fach-Kräfte

sollen überall in Deutschland arbeiten können

Damit meint der CBP:

Es muss in allen Bundes-Ländern die gleiche Ausbildung für diese Menschen geben.

Es soll also in jedem Bundes-Land den gleichen Lern-Plan geben.

Wenn man eine bestimmte Ausbildung macht.

So können die Fach-Kräfte in jedem Bundes-Land arbeiten.

Besonders wichtig ist das für die Heilerziehungs-Pflege.



Mehr Geld für Fach-Kräfte von der Eingliederungs-Hilfe

Damit meint der CBP:

- Man muss leichter Geld aus Förder-Programmen bekommen.

Wenn man eine Ausbildung für einen Beruf von der Eingliederungs-Hilfe macht.

Ein Förder-Programm ist eine Hilfe mit Geld.

Zum Beispiel für eine Ausbildung.

- Hat man schon eine Ausbildung für diese Berufe gemacht?

Dann soll man nach der Ausbildung leichter ein Studium machen können.

Und was man schon gelernt hat, muss man nicht nochmal lernen.



- Das Schul-Geld für diese Berufe muss abgeschafft werden.
- Jedes Bundes-Land muss genug Geld für Schulen bereitstellen.
- Machen Menschen in den Einrichtungen eine Ausbildung? Dann brauchen sie Personen, von denen sie lernen können. Diese Personen müssen sich dafür Zeit nehmen. Das kostet Geld. Die Kosten dafür müssen den Einrichtungen bezahlt werden. Das muss in ganz Deutschland so sein.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Ausland müssen leichter arbeiten können

Damit meint der CBP:

Einrichtungen von der Eingliederungs-Hilfe brauchen Arbeits-Kräfte aus anderen Ländern.



Der CBP fordert deshalb von der Politik:

- Es soll bei der Bundes-Agentur für Arbeit ein neues Büro geben. Das Fach-Wort für dieses Büro ist Koordinierungs-Stelle. Koordinierungs-Stelle liest man Ko-or-di-nie-rungs-Stelle. Die Koordinierungs-Stelle soll beim Einstellen von Arbeits-Kräften aus dem Ausland helfen. Die Agentur für Arbeit hilft Menschen dabei, einen Arbeits-Platz zu finden.
- Viele Arbeits-Kräfte haben in ihrem Heimat-Land schon eine Ausbildung gemacht. Oft gilt diese Ausbildung in Deutschland aber nicht gleich. Die Ausbildungen müssen schneller in Deutschland gelten.

- Die Formulare werden oft sehr langsam bearbeitet.
Das muss schneller gehen.
Dafür sollen die Politikerinnen und Politiker klare Regeln festlegen.
Ein Formular ist so ähnlich wie ein Frage-Bogen.

Es muss weniger Leih-Arbeit in der Eingliederungs-Hilfe geben

In Einrichtungen von der Eingliederungs-Hilfe gibt es immer mehr Leih-Arbeit.

Leih-Arbeit heißt:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten zum Beispiel in einer Einrichtung.

Sie sind aber nicht bei der Firma angestellt, zu der die Einrichtung gehört.

Sie bekommen ihren Lohn von einer anderen Firma.

Diese andere Firma leiht die Arbeits-Kräfte also an die Einrichtung aus.

Das machen Einrichtungen meistens, wenn sie selbst keine Arbeits-Kräfte finden.



Das ist aber nicht gut für die Einrichtungen der Eingliederungs-Hilfe.

Zum Beispiel,

weil Arbeits-Kräfte aus Leih-Arbeit teurer sind.

Und weil solche Arbeits-Kräfte oft nur kurz bleiben.

Menschen mit Behinderung müssen sich also oft an neue Arbeits-Kräfte gewöhnen.

Deshalb will der CBP:

Es soll eine Höchst-Zahl für Arbeits-Kräfte von Leih-Arbeits-Firmen in Einrichtungen geben.



2. Wohn-Räume für ein selbstbestimmtes Leben sind erforderlich!

Damit ist gemeint:

Menschen mit Behinderung brauchen barrierefreie Wohnungen.

Und Wohn-Raum.

Damit sind Wohnungen gemeint,
die man ohne Stufen erreichen kann.



Problem 2:

Es gibt zu wenige barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderung.

In Deutschland gibt es im Moment zu wenige barrierefreie Wohnungen.

In Deutschland gibt es auch zu wenige Wohnungen,
die die Menschen bezahlen können.

Der Grund dafür ist:

Die Preise für Wohnungen werden immer höher.

Das ist ein großes Problem für alle Menschen.

Besonders schlimm ist das aber
für Menschen mit Behinderung.



10 Prozent von allen Wohnungen müssen barrierefrei sein

Es müssen wieder mehr soziale Wohnungen gebaut werden.

Der CBP fordert:

Jede 10. Wohnung muss barrierefrei
und für Menschen mit Behinderung sein.

Das bedeutet:

Hat man 100 Wohnungen?

Dann müssen 10 Wohnungen davon barrierefrei sein.



Es muss mehr soziale Wohnungen geben

Es muss mehr soziale Wohnungen geben.

Vor allem auch für Menschen mit Behinderung.

Der CBP hat dazu diese Ideen:



- Die Bundes-Regierung muss schnell neue Förder-Programme machen.

Diese Programme sollen helfen,

dass neue Wohnungen gebaut werden.

Oder alte Wohnungen umgebaut werden.

So, dass Menschen mit Behinderung sie gut benutzen können.

Einrichtungen können in solchen Wohnungen

dann zum Beispiel WGs aufmachen.

WG ist die Abkürzung für **Wohn-Gemeinschaft**.

Wohn-Gemeinschaft heißt:



Verschiedene Menschen leben gemeinsam in einer Wohnung.

- Firmen sollen weniger Steuern zahlen müssen.

Wenn sie soziale Wohnungen bauen.

Das hat es in Deutschland schon einmal gegeben.

Und zwar vom Jahr 1950 bis zum Jahr 1985.

Und es hat gut funktioniert.

Damals sind fast 4 Millionen soziale Wohnungen gebaut worden.

Im Moment gibt es viel zu wenige Wohnungen.

Dagegen muss man etwas tun.

Im Jahr 2023 haben in Deutschland 800-Tausend Wohnungen gefehlt.

Das sind sehr viele Wohnungen.

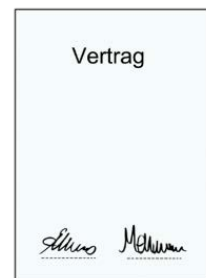
Das sind ungefähr so viele Wohnungen, wie in der Stadt München.

Dort hat es im Jahr 2023 ungefähr 837-Tausend Wohnungen gegeben.

Damit sind Wohnungen gemeint, die es dort insgesamt gegeben hat.

Ein besonders großes Problem ist das:
Es fehlen vor allem Wohnungen, die barrierefrei sind.
In ganz Deutschland gibt es im Moment
ungefähr 1 Million soziale Wohnungen.
Aber ungefähr 13 Millionen Menschen brauchen so eine Wohnung.
Das sind ungefähr so viele Menschen, wie in Bayern leben.
Für viele Menschen mit Behinderung ist diese Situation
besonders schlimm.
Sie brauchen unbedingt so eine Wohnung.

Darauf haben Menschen mit Behinderung auch ein Recht.
Das steht in der UN-Behinderten-Rechts-Konvention.
Das ist ein sehr wichtiger Vertrag.



Darin stehen die Rechte von Menschen mit Behinderung.
Viele Länder auf der ganzen Welt haben diesen Vertrag unterschrieben.
Auch Deutschland hat den Vertrag unterschrieben.
Deshalb haben Menschen mit Behinderung
ein Recht auf solche Wohnungen.

Viele Menschen mit Behinderung
bekommen aber keine barrierefreie soziale Wohnung.
Deshalb müssen sie lange bei ihren Eltern wohnen.
Oder in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.
Obwohl sie lieber in einer eigenen Wohnung leben würden.



Regeln zum Bauen müssen geändert werden

Will man im Moment barrierefreie Wohnungen bauen?
Dann muss man sich an viele verschiedene Regeln halten.
Die Regeln sind in jedem Bundes-Land ein bisschen anders.
Bundes-Länder sind zum Beispiel Bayern und Hessen.
Die Regeln müssen in jedem Bundes-Land gleich sein.

Der CBP fordert dafür:

- Es muss ein Amt geben, das sich um alles kümmert.
- Es muss klare Regeln für das Bauen von sozialen Wohnungen geben.

Die Regeln dürfen nicht zu schwer zu verstehen sein.

Und die Regeln müssen überall gleich sein.

Bei den Regeln ist auch das wichtig:

Die Barriere-Freiheit darf dabei nicht vergessen werden.

Mit Barriere-Freiheit ist gemeint:

Menschen mit Behinderung

müssen die Wohnungen gut benutzen können.

- Die Bau-Ämter müssen barrierefreie Wohnungen schneller genehmigen.



Es müssen mehr soziale Wohnungen gebaut werden.

Und alte soziale Wohnungen müssen erneuert werden.

3. Für Menschen mit Behinderung muss es mehr Teilhabe am Arbeits-Leben geben!

Dafür brauchen wir bessere Ausbildungen und Bildung.

Es muss weiter Werkstätten geben.

Damit ist gemeint:

Dem CBP ist die Teilhabe am Arbeits-Leben sehr wichtig.

Er fordert deshalb:

Menschen mit Behinderung

müssen leichter einen Arbeits-Platz bekommen.

Und zwar auf dem allgemeinen Arbeits-Markt.

Auf dem allgemeinen Arbeits-Markt

arbeiten auch Menschen ohne Behinderung.



Menschen mit Behinderung müssen auch einen Arbeits-Platz in einer Werkstätte bekommen können.

Damit ist eine Werkstätte für Menschen mit Behinderung gemeint.

Dem CBP ist auch noch das wichtig:

Menschen mit Behinderung sollen auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten können.

Sie müssen aber nicht auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten.

Die Menschen sollen frei entscheiden können, wo sie arbeiten möchten.



Problem 3:

Sehr viele Menschen mit Behinderung sind arbeitslos.

Ein Grund dafür ist:

Zu wenige Firmen stellen Menschen mit Behinderung ein.

Dem CBP ist wichtig, dass diese Situation besser wird.

Arbeiten muss für alle Menschen mit Behinderung möglich sein.

Alle Menschen mit Behinderung

müssen auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten können.

Wenn sie das möchten.

Dafür muss es einen barrierefreien Zugang

zum allgemeinen Arbeits-Markt geben.

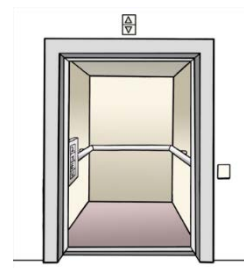
Mit barrierefreiem Zugang ist zum Beispiel gemeint:

Es muss Rampen und Aufzüge am Arbeits-Platz geben.

Das brauchen Menschen mit Rollstuhl.

Und es muss Informationen in Leichter Sprache am Arbeits-Platz geben.

Das brauchen Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.



Der CBP fordert dazu:

Werkstätten für Menschen mit Behinderung muss es weiterhin geben.

In Werkstätten können Menschen auch die Ausbildung für einen Beruf machen.



Es muss ein Teilhabe-Geld geben.

Menschen mit Behinderung müssen genug Geld verdienen können.

Damit ist gemeint:

Sie müssen so viel Geld bekommen, dass sie gut davon leben können.

Das muss so sein, sobald ein Mensch mit Behinderung arbeitet.

Dazu fordert der CBP:

- Für ein gutes Leben brauchen Menschen mit Behinderung ein Teilhabe-Geld.

Dieses Teilhabe-Geld

muss mindestens 769,20 Euro im Monat sein.

Das sind 15 Arbeits-Stunden in der Woche.

Und der Stunden-Lohn muss mindestens 12,82 Euro sein.

Stunden-Lohn heißt:

So viel Geld bekommt man in einer Stunde.

- Auch Lohn-Stufen in Werkstätten müssen besser werden.

Damit ist zum Beispiel gemeint:

Macht ein Mensch mit Behinderung sehr gute Arbeit?

Und strengt sich immer an?

Dann muss er mehr Lohn bekommen können.



Werkstätten-Aufträge müssen weiter für die Ausgleichs-Abgabe zählen.

Das bedeutet:

Alle Firmen und Ämter müssen Menschen mit Behinderung einstellen.

5 Prozent von ihren Arbeits-Plätzen

müssen Menschen mit Behinderung bekommen.

Hat eine Firma also zum Beispiel 100 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter?

Dann müssen 5 Menschen davon eine Behinderung haben.

Ist das nicht so?

Dann muss die Firma Geld an ein Amt zahlen.

Dieses Geld nennt man Ausgleichs-Abgabe.



Aber es gibt für die Ausgleichs-Abgabe noch eine andere Möglichkeit:

Werkstätten machen Aufträge für große Firmen.

Dafür bekommen die Werkstätten Geld von den Firmen.

Und für die Firmen zählen diese Aufträge

zur Ausgleichs-Abgabe.

Diese Regel soll bald geändert werden.

Dann sollen diese Aufträge nicht mehr zur Ausgleichs-Abgabe zählen.



Der CBP fordert aber:

Diese Regel soll so bleiben, wie sie im Moment ist.

So können Werkstätten auch in Zukunft Menschen mit Behinderung gut unterstützen.

Die Übergänge auf den allgemeinen Arbeits-Markt müssen einfacher werden.

Übergang bedeutet hier:

Menschen mit Behinderung

wechseln von Werkstätten auf den allgemeinen Arbeits-Markt.

Das heißt:

Die Menschen haben dann zum Beispiel einen Arbeits-Platz in einer Firma.

Oder in einem Amt.

Und verdienen dort genauso viel Geld wie Menschen ohne Behinderung.

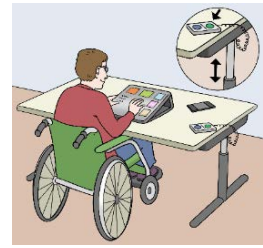


Der CBP fordert dafür:

- Es muss mehr Hilfen für Übergänge geben.
Und für die Hilfen müssen die Werkstätten genug Geld bekommen.
Eine wichtige Hilfe für den Übergang ist zum Beispiel Assistenz.
Assistenz ist die Hilfe durch eine andere Person.
- Es muss auch mehr Außen-Arbeits-Plätze geben.
Außen-Arbeits-Platz bedeutet:
Der Mensch mit Behinderung bekommt seinen Lohn noch von der Werkstatt.
Sein Arbeits-Platz ist aber bei einer Firma.
- Die Kosten-Träger müssen genug Geld für die Hilfen an Werkstätten bezahlen.
Kosten-Träger sind Ämter,
die Hilfen für Menschen mit Behinderung bezahlen.
Das Sozial-Amt ist zum Beispiel ein Kosten-Träger.

Es muss mehr Inklusion auf dem allgemeinen Arbeits-Markt geben.

Menschen mit Behinderung müssen gut auf dem allgemeinen Arbeits-Markt arbeiten können. Dafür brauchen sie Arbeits-Plätze, die genau zu ihnen passen. Und an denen sie mit ihrer Behinderung gut arbeiten können.



Der CBP fordert dazu:

- Menschen mit Behinderung müssen Teil-Zeit arbeiten können.

Das heißt:

Menschen mit Behinderung müssen nicht Voll-Zeit arbeiten.

Sie können also auch weniger als 8 Stunden am Tag arbeiten.

Und müssen nicht jeden Tag in der Woche arbeiten.

- Menschen mit Behinderung müssen Arbeits-Assistenz bekommen können.

Arbeits-Assistenz ist die Hilfe

durch eine andere Person am Arbeits-Platz.

Diese Person hilft dem Menschen überall, wo er Hilfe braucht.



- Es muss mehr barrierefreie Arbeits-Plätze geben.

Das heißt:

Es darf zum Beispiel keine Hindernisse am Arbeits-Platz geben.

Hindernisse sind zum Beispiel

Treppen ohne Rampen oder Aufzüge.

Vor allem für Menschen im Rollstuhl.

- Werkstätten und Firmen müssen besser zusammenarbeiten.

Integrations-Ämter sollen auch mitarbeiten.

Integrations-Ämter helfen Menschen mit Behinderung einen Arbeits-Platz zu bekommen.

Sie bezahlen viele Hilfen am Arbeits-Platz.

Zum Beispiel die Arbeits-Assistenz.

In einigen Bundes-Ländern heißen die Integrations-Ämter
Inklusions-Ämter.

Das ist zum Beispiel in Bayern so.

Die Bildung muss besser an Menschen mit Behinderung angepasst werden.

Dafür fordert der CBP:

- Der Mensch mit Behinderung
muss eine Ausbildung schaffen können.
Ist das nicht möglich?

Dann soll die Ausbildung für den Menschen angepasst und
verlängert werden.

- Menschen mit Behinderung müssen einen Beruf lernen können.
Und sie müssen auf die Arbeit vorbereitet werden.
Auch wenn sie keinen Schul-Abschluss bekommen.



Menschen mit Behinderung brauchen barrierefreie Verkehrs-Mittel.

Barrierefreie Verkehrs-Mittel sind zum Beispiel

Busse und Züge mit Rampen.

Aber auch U-Bahnen und S-Bahnen mit Rampen.



Der CBP fordert dazu:

- Es muss überall barrierefreie Verkehrs-Mittel geben.
Nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land.
Nur so können Menschen mit Behinderung
zum Arbeits-Platz kommen.
- Menschen mit Behinderung müssen Geld bekommen.
So können sie Fahr-Dienste benutzen.
Zum Beispiel,
wenn es keine barrierefreien Verkehrs-Mittel gibt.



Das Budget für Arbeit muss besser werden.

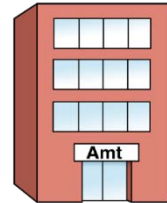
Das Budget für Arbeit ist eine Hilfe mit Geld.

Budget spricht man Bü-dschee.

Das Geld bezahlt oft das Sozial-Amt.

Das Geld bekommt der Arbeit-Geber.

Der Mitarbeiter mit Behinderung bekommt Lohn.



Der CBP fordert dazu:

- Der Antrag für ein Budget für Arbeit muss einfacher werden.
- Die Unterstützung soll genau zum Menschen mit Behinderung passen.

Dazu soll eine Fach-Kraft den Menschen beraten.

Alle Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf diese Hilfe.

Es muss mehr Inklusion geben.

Vor allem auf dem allgemeinen Arbeits-Markt.

Der CBP fordert dafür:

Es muss mehr berufliche Teilhabe geben.

Berufliche Teilhabe bedeutet:

Menschen mit Behinderung sollen eine Ausbildung machen können.

Und so einen Beruf lernen.

Damit sollen sie bessere Möglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeits-Markt bekommen.



4. Es muss weniger Bürokratie für Einrichtungen und Dienste geben!

Und es muss mehr Zeit und Geld für Teilhabe geben!

Bürokratie ist ein anderes Wort für Verwaltung.

Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sind sehr wichtig.

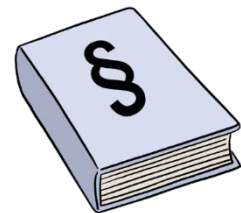
Dadurch bekommen Menschen mit Behinderung die Hilfen, die sie brauchen.

Außerdem erfüllen die Einrichtungen die Regeln aus den Gesetzen.

Damit ist gemeint:

Sie bieten genau die Hilfen an, die im Gesetz stehen.

Und auf die Menschen mit Behinderung ein Recht haben.



Problem 4:

**Es gibt immer mehr Regeln,
an die sich Einrichtungen halten müssen.**

Viele Einrichtungen sind damit überfordert.

Deshalb haben die Einrichtungen auch weniger Zeit
für die Hilfen von Menschen mit Behinderung.

Die Einrichtungen müssen auch immer mehr Geld und Zeit
dafür ausgeben.

Es gibt zu viel Bürokratie.

Der CBP fordert deshalb:

Es muss weniger Bürokratie geben.



Das sind die genauen Forderungen vom CBP:

Es muss Bürokratie-Abbau ins Bundes-Teilhabe-Gesetz geschrieben werden

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz

ist ein sehr wichtiges Gesetz für Menschen mit Behinderung.

Darin steht zum Beispiel,

welche Hilfen Menschen mit Behinderung bekommen müssen.

Das Gesetz gilt in ganz Deutschland.

Bürokratie-Abbau heißt zum Beispiel:

Man muss weniger Formulare ausfüllen.

Und weniger Dokumentation machen.

Dokumentation bedeutet:

Man muss genau aufschreiben, was man gemacht hat.

Und wie oft man etwas gemacht hat.

Zum Beispiel, wie oft man einem Menschen beim Essen geholfen hat.

Müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger Bürokratie machen?

Dann haben sie mehr Zeit, den Menschen mit Behinderung zu helfen.

Deshalb ist dem CBP Bürokratie-Abbau sehr wichtig.

Und der CBP fordert dazu:

- Die Bedarfs-Ermittlung muss überall gleich gemacht werden.

Bedarfs-Ermittlung bedeutet:

Es wird überprüft, welche Hilfen ein Mensch braucht.

- Die Einrichtungen brauchen mehr Sicherheit für ihre Arbeit.

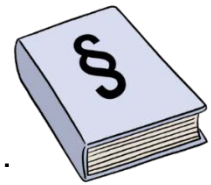
Nur so können sie gute Arbeit machen.

Dazu gehört vor allem:

Sie müssen sicher wissen,

dass sie genug Geld bekommen.

Nur so können sie sicher planen.



- Die Ämter sollen besser zusammenarbeiten.
- Ämter müssen bei Anträgen schneller arbeiten.
Und schneller über die Anträge entscheiden.
- Die Kosten-Träger sollen den Einrichtungen
das Geld schneller bezahlen.
Und zwar innerhalb von 5 Tagen.



Für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung muss es Ausnahmen geben.

Mit Ausnahmen sind hier besondere Regeln gemeint.

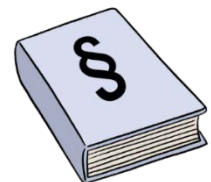
Es gibt ein paar neue Gesetze, die für Einrichtungen sehr schwierig sind.

Das Geld und die Zeit fehlen dann.

Und zwar für die Hilfen für Menschen mit Behinderung.

Deshalb soll es für die Einrichtungen

Ausnahmen bei solchen Gesetzen geben.



Der CBP fordert dazu:

- Werden neue Gesetze eingeführt?
Dann muss geschaut werden,
ob es für Einrichtungen Ausnahmen geben muss.
- Setzt man die neuen Regeln mit Hilfe von Computern um?
Dann macht das oft weniger Arbeit für die Einrichtungen.

Es muss bessere Regeln für Förder-Mittel geben

Manchmal reicht den Einrichtungen das Geld von den Kosten-Trägern nicht.

Dann müssen sie einen Antrag auf mehr Förder-Mittel stellen.

Förder-Mittel sind zusätzliches Geld.

Das bedeutet für die Einrichtungen wieder mehr Bürokratie.

Das kostet Zeit und Geld.

Der CBP fordert dazu:

- Es soll eine neue Beratungs-Stelle geben.

Diese Beratungs-Stelle

soll Einrichtungen für Menschen mit Behinderung helfen.

Und zwar,

wenn die Einrichtungen Anträge für Förder-Mittel stellen müssen.

- Hat man Förder-Mittel genehmigt bekommen?

Dann muss man die Förder-Mittel für eine längere Zeit bekommen.

So müssen die Einrichtungen nicht so viele Anträge stellen.

Das spart Zeit und Kosten.



5. Es muss eine barrierefreie Gesundheits-Versorgung für Menschen mit Behinderung geben!

Dabei müssen alle Bedürfnisse

von Menschen mit Behinderung abgedeckt werden.

Damit ist gemeint:

Menschen mit Behinderung

brauchen eine gute Gesundheits-Versorgung.

Das gilt auch für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Eine psychische Krankheit ist zum Beispiel eine Psychose.

Psychose spricht man Psü-cho-se.

Menschen mit Psychose sehen manchmal Dinge.

Andere Menschen sehen diese Dinge aber nicht so.

Eine psychische Krankheit kann man oft nicht sehen.



Zu einer guten Gesundheits-Versorgung gehört zum Beispiel:

Menschen mit Behinderung

müssen die gleichen medizinischen Möglichkeiten haben.

Genau wie Menschen ohne Behinderung.

Das nennt man inklusive Gesundheits-Versorgung.

Das bedeutet zum Beispiel:

Geräte für Untersuchungen muss man mit dem Rollstuhl benutzen können.

Oder es muss auch Informationen in Leichter Sprache geben.

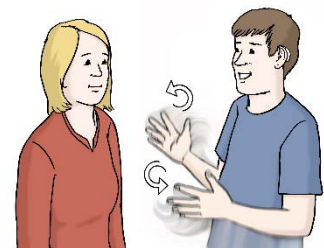
Zum Beispiel in Arzt-Praxen und Kranken-Häusern.

Es muss auch Menschen geben, die Gebärden-Sprache können.

Gebärden-Sprache macht man mit Zeichen.

Die Zeichen macht man zum Beispiel

mit den Händen und Armen.



Problem 5:

Im Moment ist die Gesundheits-Versorgung nicht inklusiv.

Dabei gibt es noch zu viele Barrieren.

Barrieren sind Hindernisse.

Diese Barrieren bedeuten auch mehr Arbeit und Kosten für Einrichtungen.

Das muss sich unbedingt ändern.

Deshalb fordert der CBP, dass Gesetze geändert werden müssen.

Nur so kann man die Gesundheits-Versorgung von Menschen mit Behinderung verbessern.

Und den Einrichtungen die Arbeit leichter machen.



Das sind die genauen Forderungen

für die Gesundheits-Versorgung vom CBP:

Bessere Hilfen für Kinder mit Behinderung

Kinder und Jugendliche mit Behinderung

brauchen eine gute medizinische Behandlung.

Im Moment gibt es dieses Problem:

Es werden nur die ersten Untersuchungen bezahlt.

Dort wird geschaut:

Welche Behinderung ein Kind hat.



Die Behandlung von dem Kind wird dann aber nicht mehr bezahlt.

Eine Behandlung kann zum Beispiel eine Therapie sein.

Auch die Hilfen für das Kind werden dann nicht mehr bezahlt.

Diese Sachen sollte die gesetzliche Kranken-Kasse bezahlen.

Eine gesetzliche Kranken-Kasse ist eine Versicherung.

Sie bezahlt zum Beispiel die Untersuchung in einer Arzt-Praxis.

Und die Kosten, wenn ein Mensch ins Kranken-Haus muss.

Eine gesetzliche Kranken-Kasse bezahlt auch Medikamente.

Und viele Hilfs-Mittel.

Ein Hilfs-Mittel ist zum Beispiel ein Rollstuhl.

Medikamente sind zum Beispiel Tabletten oder Tropfen.



Der CBP fordert dazu:

- Das Gesetz muss geändert werden.
Nicht nur die erste Untersuchung muss bezahlt werden.
Auch die Therapie und die Hilfen müssen bezahlt werden.
- Im Moment gibt es oft Streit, wer diese Leistungen bezahlt.
Es muss klare Regeln geben, wer was bezahlen muss.

Der Zugang zu medizinischen Hilfen muss für Menschen mit Behinderung besser werden

Mit Zugang ist hier gemeint:

Auch Menschen mit Behinderung
müssen eine gute medizinische Behandlung bekommen.
Und auch Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Dazu hat der CBP diese Forderungen:

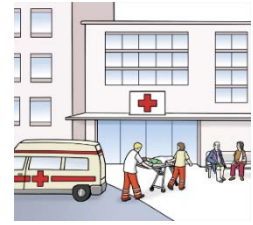
- Behandeln Ärztinnen oder Ärzte
Menschen mit Behinderungen?
Dann sollen sie dafür mehr Geld bekommen.
- Für Menschen mit psychischen Erkrankungen
soll es besondere Behandlungs-Räume geben.
Das sind besondere Räume.
Dort bekommen Menschen mit Behinderung nicht so viel Angst.
- Für viele Menschen ist es gut,
wenn sie zu Hause behandelt werden.
Vor allem für Menschen mit psychischen Erkrankungen.
Diese Menschen haben oft Angst davor,
ihre Wohnung zu verlassen.
- Tele-Medizin muss Pflicht werden.
Tele-Medizin bedeutet:
Die kranke Person muss nicht
in eine Arzt-Praxis kommen.
Sie kann von zu Hause aus mit der Ärztin oder dem Arzt sprechen.
Sie macht das zum Beispiel über einen Computer.
- Es muss weniger Bürokratie bei der Behandlung geben.



Kranken-Häuser müssen barrierefrei sein

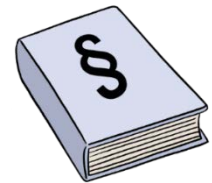
Menschen mit Behinderung müssen in Kranken-Häusern behandelt werden.

Und zwar genau so wie Menschen ohne Behinderung.



Dazu hat der CBP diese Forderungen:

- Es müssen neue Regeln festgelegt werden, was ein Kranken-Haus haben muss. Damit es barrierefrei ist.
- Kranken-Häuser müssen besser mit Fach-Zentren für Menschen mit Behinderung zusammenarbeiten.
- Für eine gute barrierefreie Versorgung muss es genug Geld geben. Auch für Kranken-Häuser und Arzt-Praxen. Dafür muss es bessere Gesetze geben.



Fach-Zentren für Menschen mit Behinderung müssen mehr Geld bekommen

Für die gute Behandlung im Kranken-Haus braucht man solche Fach-Zentren.

Fach-Zentren sind besondere Arztpraxen.

Die Ärztinnen und Ärzte dort kennen sich sehr gut aus.

Es gibt zum Beispiel

Fach-Zentren für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Der ganze Name von diesen Fach-Zentren ist:

Medizinische Behandlungs-Zentren

für **Erwachsene Menschen mit Behinderungen.**

Die Abkürzung dafür ist **MZEB.**



Der CBP hat dazu diese Forderungen:

- MZEBs müssen leichter gegründet werden können.
- MZEBs sollen mehr Aufgaben bekommen.

Zum Beispiel sollen sie mehr mit Einrichtungen zusammenarbeiten.

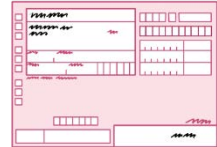
Außerdem sollen sie auch Rezepte ausstellen dürfen.

Und zwar für Hilfs-Mittel und Medikamente.

Sie sollen auch

Menschen mit verschiedenen Behinderungen behandeln dürfen.

- Für die Fach-Zentren muss es genug Geld geben.



Die Stigmatisierung von psychischen Erkrankungen muss weniger werden

Stigmatisierung bedeutet:

Manche Menschen denken schlecht über andere Menschen.

Und behandeln sie deshalb schlechter.

Zum Beispiel, weil diese Menschen eine psychische Erkrankung haben.

Und deshalb anders sind.

Das ist nicht gerecht.

Und kann Menschen verletzen.

Deshalb fordert der CBP dazu:

- Es muss mehr Schulungen und Vorträge geben.

Darin muss es

Informationen über psychische Erkrankungen geben.

- Es muss mehr Hilfs-Angebote

für Menschen mit psychischen Erkrankungen selbst geben.

Mit Hilfs-Angeboten ist zum Beispiel

eine Beratungs-Stelle gemeint.



Die medizinische Behandlung und Therapie muss es ohne Unterbrechung geben

Deshalb fordert der CBP dazu:

- Die Einrichtung braucht genaue Informationen.
Zum Beispiel,
welche Therapien und Medikamente braucht der Mensch.
Auch das muss sichergestellt werden:
Die Therapien vom Menschen mit Behinderung müssen weitergehen.
- Die Einrichtungen und Kranken-Häuser müssen besser zusammenarbeiten.
Das Gleiche gilt für Arzt-Praxen und Einrichtungen.
- Es muss mehr ambulante Hilfs-Angebote geben.



Es muss ein Recht auf ambulante Komplex-Leistungen geben

Ambulante Komplex-Leistung heißt:

Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen besonders gute Hilfe.

Vor allem,

wenn sie aus dem Kranken-Haus entlassen werden.

Dafür sollen Fach-Ärztinnen und Fach-Ärzte mit anderen Fach-Leuten zusammenarbeiten.

Damit sind zum Beispiel Psychologinnen und Psychologen gemeint.

Mit Psychologinnen und Psychologen

kann man über seine Gefühle sprechen.

Und über seine Probleme.



Der CBP fordert dazu:

- Jeder Mensch mit schweren psychischen Erkrankungen hat ein Recht auf Komplex-Leistungen.

Dieses Recht muss auch ins Gesetz geschrieben werden.

Und auch,

dass man dieses Recht bei ambulanten Leistungen hat.

- Es muss an mehr Orten eine Reha möglich sein.

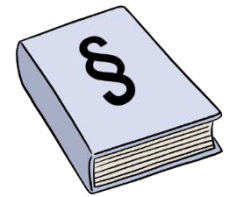
Reha bedeutet hier:

Der Mensch mit psychischen Erkrankungen bekommt besondere Hilfen.

Wenn er aus dem Kranken-Haus entlassen wird.

Dafür gibt es eine Einrichtung.

Dort soll er sich erholen und wieder gesund werden.



Es muss eine gute medizinische Rehabilitation geben.

Auch für Menschen mit schweren Behinderungen.

Und Menschen, die Pflege brauchen.

Es gibt zu wenig Einrichtungen für die medizinische Rehabilitation.

Damit ist die Rehabilitation von Menschen mit Behinderung gemeint.

Rehabilitation bedeutet:

Ein Mensch hat eine Krankheit oder hatte einen Unfall.

Und muss deswegen Dinge neu lernen.

Oder braucht andere Hilfen.

Dafür gibt es besondere Einrichtungen.

Das Ganze nennt man medizinische Rehabilitation.



Im Moment gibt es aber zu wenige Angebote für medizinische Rehabilitation.

Besonders für Menschen mit schweren Behinderungen und Pflege-Bedarf.

Pflege-Bedarf bedeutet:

Wieviel Hilfe ein Mensch braucht.

Braucht ein Mensch zum Beispiel beim Essen und Trinken Hilfe?

Dann hat er einen höheren Pflege-Bedarf.

Braucht ein Mensch nur beim Anziehen und Ausziehen Hilfe?

Dann ist sein Hilfe-Bedarf niedriger.

Für diese Menschen gibt es zu wenig Rehabilitation.

Deshalb machen diese Arbeit

oft Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.

Dafür bekommen diese Einrichtungen aber kein Geld.



Der CBP sagt:

Das muss sich ändern.

Und fordert deshalb:

- Es muss genug Reha-Einrichtungen in ganz Deutschland geben.

Damit sind Reha-Einrichtungen

für Menschen mit Behinderung gemeint.

Reha ist die Abkürzung für Rehabilitation.

- In den Reha-Einrichtungen muss es Teams aus Fach-Leuten geben.
- Es soll mehr mobile Rehabilitation geben.

Mobile Rehabilitation heißt:

Die Reha soll nicht in einem Krankenhaus stattfinden.

Sie soll nahe am Wohn-Ort vom Menschen mit Behinderung stattfinden.



- Es soll auch in Reha-Einrichtungen Assistenz geben.
- Einrichtungen für Menschen mit Behinderung sollen auch besser mit MZEB zusammenarbeiten.
- Es muss genug Geld für diese Forderungen geben.



Es soll auch medizinische Rehabilitation für Menschen mit psychischen Erkrankungen geben. Das muss auch ins Gesetz geschrieben werden.

Dazu fordert der CBP:

- Es soll mobile Reha auch für Menschen mit psychischen Erkrankungen geben.
- Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen auch eine stationäre Reha bekommen können.

6. Einrichtungen und Ämter müssen mehr Aufgaben digital machen können!

So kann die Arbeit schneller gemacht werden.

Zum Beispiel soll man Anträge am Computer zu Hause ausfüllen können.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen weniger Zeit für die Verwaltung brauchen.

Diese Zeit können sie dann für Menschen mit Behinderung einsetzen.



Für Menschen mit Behinderung muss es auch digitale Teilhabe geben.

Digitale Teilhabe heißt zum Beispiel:

Menschen mit Behinderung müssen Internet-Seiten benutzen können.

Und Computer-Programme benutzen können.

Genau wie Menschen ohne Behinderung.

Dafür brauchen Menschen mit Behinderung digitale Barriere-Freiheit.

Digitale Barriere-Freiheit heißt zum Beispiel:

Alle Bilder brauchen einen Alternativ-Text.

Ein Alternativ-Text ist eine Bild-Beschreibung.

Das heißt:

Alternativ-Texte beschreiben, was man auf einem Bild sieht.

Auch moderne Technik kann gut für Menschen mit Behinderung sein.

Mit moderner Technik sind zum Beispiel Roboter gemeint.

Roboter können Menschen mit Behinderung

zum Beispiel ein Getränk bringen.

Oder sich mit ihnen unterhalten.

Digitale Barriere-Freiheit und moderne Technik
sind gut für Menschen mit Behinderung.



Und auch für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung.

Es gibt aber auch ein Problem.

Problem 6:

Die neue Technik wird gebraucht.

Dafür fehlen aber noch neue Gesetze.

Genauso wie Geld und neue Technik.

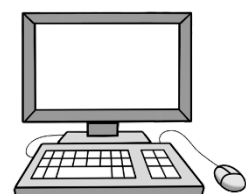
Dieses Problem muss gelöst werden.

Dazu hat der CBP diese Forderungen:

Die Aufgaben in der Verwaltung müssen digitalisiert werden.

Dazu fordert der CBP:

- Es soll eine neue Internet-Seite für alle Einrichtungen geben.
- Mit dem Computer soll auch besser mit Ämtern und Kosten-Trägern zusammengearbeitet werden.



Durch die Digitalisierung sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger Arbeit haben.

Dazu fordert der CBP:

Man muss gute Computer-Programme entwickeln.

Dafür müssen die Einrichtungen Geld bekommen.

Das Ziel dabei ist:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

sollen mehr Zeit für Menschen mit Behinderung einsetzen.

Es muss barrierefreie digitale Angebote für Menschen mit Behinderung geben.

Deshalb fordert der CBP:

Alle Internet-Seiten und Computer-Programme müssen barrierefrei werden.

Dazu gehören auch Leichte Sprache und Gebärden-Sprache.

Das muss auch ins Gesetz geschrieben werden.



Einrichtungen brauchen gute Technik für ihre Arbeit

Einrichtungen für Menschen mit Behinderung brauchen gute Computer.

Und digitale Endgeräte.

Digitale Endgeräte sind zum Beispiel Smartphones.

Smartphone spricht man Smaat-Foon.

Ein Smartphone ist ein Handy.

Mit einem Smartphone kann man aber nicht nur telefonieren.

Man kann damit auch das Internet benutzen.

Und zum Beispiel E-Mails schreiben.



Der CBP fordert dazu:

- Es muss klare Regeln geben, wer die Technik bezahlt.
Mit Technik sind zum Beispiel Computer oder Smartphones gemeint.
Die Regeln müssen in ganz Deutschland gleich sein.
- Einrichtungen müssen genug Geld für die Technik bekommen.

Es muss mehr Tele-Medizin bei der Gesundheits-Versorgung geben

Tele-Medizin bedeutet:

Ein kranker Mensch muss nicht in eine Arzt-Praxis kommen.

Er kann von zu Hause aus mit der Ärztin

oder dem Arzt sprechen.

Er macht das zum Beispiel über einen Computer.



Der CBP fordert dazu:

Alle Computer-Programme zur Gesundheit müssen barrierefrei sein.

Und Menschen mit Behinderung selbst benutzen können.

Dafür muss es auch genug Geld geben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen digital besser ausgebildet werden

Damit ist gemeint:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen lernen,
mit der neuen Technik zu arbeiten.

Das ist deswegen wichtig:

Sie sollen Menschen mit Behinderung
beim Gebrauch von digitalen Techniken unterstützen können.

Digitale Techniken sind zum Beispiel Computer und Tablets.

Tablet spricht man Täbb-lett.

Ein Tablet ist ein kleiner Computer.



Tablets kann man zum Beispiel in die Hand-Tasche stecken.
Mit einem Tablet kann man Internet-Seiten oder Videos anschauen.

Deshalb fordert der CBP dazu:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen Kurse bekommen.

Dort müssen sie lernen, wie man digitale Geräte benutzt.

Und, wie man Menschen mit Behinderung digitale Geräte erklärt.

Für diese Kurse müssen die Einrichtungen auch genug Geld bekommen.

Die Kommunikation in Einrichtungen muss barrierefrei sein

Mit Kommunikation sind hier Informationen und Gespräche gemeint:

Und zwar solche, für die man einen Computer braucht.

Also zum Beispiel E-Mails oder Video-Konferenzen.

Diese Kommunikation muss barrierefrei möglich sein.

Das heißt:

Es muss dabei auch Leichte Sprache und Untertitel geben können.

Untertitel sind Texte, die man auf dem Bildschirm sieht.

Sie zeigen, was eine Person gerade sagt.

Untertitel helfen dabei, das Gesprochene besser zu verstehen.

Mit diesen Hilfen kann man leichter mit Menschen mit Behinderung sprechen.

Und mit den Familien von Menschen mit Behinderung.

Es muss Pilot-Projekte zur Digitalisierung geben

Mit Pilot-Projekten ist hier gemeint:

Es muss Projekte geben, wo man etwas ausprobieren kann.

Und sieht, ob eine Idee gut ist.

Oder ob man die Idee verändern muss.



Ein solches Pilot-Projekt könnte zum Beispiel sein:

Können Menschen mit Behinderung Not-Rufe mit dem Computer abgeben?

Der CBP fordert dazu:

Man muss ausprobieren, ob das funktioniert.

Und dann mit den Ergebnissen weiterarbeiten.

Es muss genug Geld für Digitalisierung geben

Es muss genug Geld für die Digitalisierung geben.

Damit ist gemeint:

Es müssen moderne Computer gekauft werden.

Und es müssen moderne Smartphones und Tablets gekauft werden.

Diese Geräte müssen immer wieder gewartet werden.

Gewartet bedeutet hier überprüft.

Außerdem verändert sich die Technik.

Deshalb müssen die Geräte immer wieder ausgetauscht werden.

Für alle diese Dinge brauchen die Einrichtungen viel Geld.



Deshalb fordert der CBP:

Es muss für die Digitalisierung zusätzliches Geld geben.

Und das Geld muss es für viele Jahre geben.

Das heißt:

Jedes Jahr muss es dafür neues Geld geben.



Es muss überprüft werden, wie die Digitalisierung klappt

Die Digitalisierung in den Einrichtungen

muss immer wieder überprüft werden.

Hier ist Platz für deine wichtigen Punkte!

Übersetzung und barrierefreie Gestaltung
von sag's einfach – Büro für Leichte Sprache, Regensburg.
Geprüft von der Prüfgruppe einfach g'macht,
Abteilung Förderstätte, Straubinger Werkstätten St. Josef
der KJF Werkstätten gGmbH.

Die gezeichneten Bilder kommen von der © Lebenshilfe
für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e. V.,
Illustrator: Stefan Albers und von © Inga Kramer,
www.ingakramer.de.

Das Logo kommt vom CBP.

Der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. ist ein anerkannter
Fachverband des Deutschen Caritasverbandes e.V.



Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e. V.

Reinhardtstraße 13, 10117 Berlin

Telefon: 0 30 28 44 47 – 82 2

Fax: 0 30 28 44 47 – 82 8

E-Mail: cbp@caritas.de

Internet: www.cbp.caritas.de

Redaktion: Janina Bessenich (verantwortlich)

Titelbild: Cornelia Suhan/CBP

Berlin im Januar 2025